

Klimaschutz in Deutschland – Von der ENQUETE-KOMMISSION Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre (1988) zur Bewegung „Fridays for Future“

Danksagung

„Gerade deshalb liegt die einzig mögliche Gewähr für eine Verhinderung oder wenigstens Einschränkung einer weltweiten Klimakatastrophe in der Reduktion aller wesentlichen Ursachen auf ein Maß, für welches nach unserem heutigen Wissen **die mittlere Temperatur auf der Erde um höchstens etwa 1° C ansteigen sollte.**“

DEUTSCHE PHYSIKALISCHE GESELLSCHAFT E. V.

Arbeitskreis Energie Bad Honnef, Dezember 1985

Zwei Jahre später erschien in den Phys. Bl. 43 (1987) Nr. 8 der „Gemeinsamer Aufruf der DPG und der DMG „Warnung vor drohenden weltweiten Klimaänderungen durch den Menschen.“ Darin wird die Forderung erneut an die Politik herangetragen:

„Gerade deshalb liegt die einzig mögliche Gewähr für eine Verhinderung oder Eindämmung weltweiter, vom Menschen verursachter Klimaänderungen in der Reduktion aller wesentlichen Ursachen auf ein Maß, das noch vertretbar erscheint. Nach heutigem Wissen könnte dieses Maß in einem Anstieg der mittleren Temperatur der Erde um höchstens etwa 1 ° C über dem gegenwärtigen Niveau liegen. Selbst diese vielleicht gering erscheinende Temperaturerhöhung könnte aber bereits spürbare Verschiebungen der Klimazonen zur Folge haben. Um den globalen Temperaturanstieg auf maximal 1 °C zu begrenzen, dürfte nach den Klimamodellrechnungen der Gehalt der Atmosphäre an allen klimawirksamen Spurengasen nicht höher werden als ein Wert, der einer Kohlendioxidkonzentration von ca. 450 ppm entspricht.

Die von den Spurengasen bewirkten Klimaänderungen kündigen sich nicht spektakulär an, sondern treten im Verlauf von Jahrzehnten ganz allmählich in Erscheinung. Sind sie aber erst einmal deutlich sichtbar geworden, so ist keine Eindämmung mehr möglich. Die Klimaänderungen sind - abgesehen von einem Krieg mit Kernwaffen - eine der größten Gefahren für die Menschheit, eng verknüpft mit - der übermäßigen Ressourcennutzung und Umweltbelastung, vor allem seitens der Industrienationen - und der Bevölkerungsexplosion der weniger entwickelten Nationen. Die Klimaänderungen können nur eingedämmt werden, wenn weltweit alle Nationen bald alle die vielfältigen, immer einschränkenden Maßnahmen ergreifen, die zu einer rechtzeitigen, ausreichenden Minderung der Emission aller Spurengase insgesamt unumgänglich sind.“

Der Aufruf wurde in einer Auflage von 2500 gedruckt und an Politiker, Journalisten, Vertreter der Wirtschaft sowie an die Mitglieder der DMG geschickt.

Die Naturwissenschaften haben sich bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts mit diesen Fragestellungen beschäftigt. Der französische Mathematiker und Physiker Joseph Fourier, der in den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts feststellte, dass die Erde beträchtlich kälter sein sollte, als es sie tatsächlich ist und als erster die Möglichkeit in Erwägung zog, dass die Erdatmosphäre eine isolierende Funktion in Richtung Weltraum haben könnte.

Der schwedische Chemie-Nobelpreisträger Svante Arrhenius stellte im Jahr 1895 eine Theorie zum Treibhausgasereffekt vor. Kohlenstoffdioxid könnte die von der Erde abgestrahlte Wärmestrahlung absorbieren und durch mehr Kohlenstoffdioxid könnte sich die Erde aufheizen. Durch die Verbrennung fossiler Energieträger könnte sich der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre erhöhen, so dass es zu einem Temperaturanstieg kommen könne. Er gewann dem menschlichen, verstärkenden Einfluss auf den Treibhauseffekt allerdings überwiegend

positive Seiten ab: „Der Anstieg des CO₂ wird zukünftigen Menschen erlauben, unter einem wärmeren Himmel zu leben.“

Der amerikanische Chemiker und Klimaforscher Charles Keeling führte 1957 auf dem Mauna Loa auf Hawaii die erste permanente Kohlenstoffdioxid-Messung durch. Aus dem bis heute fortgesetzten Dauerbetrieb dieser Station ergibt sich eine Messreihe, die einen stetigen Anstieg dieses Treibhausgases aufzeigt. Für ihn stand nach Auswertung seiner Daten fest, dass die Verbrennung fossiler Energieträger und der sich daraus ergebende CO₂-Anstieg zur globalen Erwärmung beiträgt. Der amerikanische Klimaforscher Roger Revelle kommentierte dies mit den häufig zitierten Worten: „Die Menschheit hat ein großangelegtes geophysikalisches Experiment begonnen, das es in dieser Form weder in der Vergangenheit gab, noch in der Zukunft ein zweites Mal geben wird.“

Ende der 1980er Jahre kam das dann Thema Klimawandel in der Politik an.

Im November des Jahres 1988 wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) der Zwischenstaatliche Ausschuss über den Klimawandel (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) eingerichtet.

In Deutschland wurden vom Bundestag ab Oktober 1987 mehrere Enquete-Kommissionen zum Thema „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ auf den Weg gebracht. Dabei handelt es sich um überfraktionelle Arbeitsgruppen, die umfangreiche und wichtige Sachkomplexe lösen sollen.

In der Beschlussvorlage vom 16. Oktober 1987 wurde die Aufgabe umrissen: „Die Kommission hat die Aufgabe, eine Bestandsaufnahme über die globalen Veränderungen der Erdatmosphäre vorzunehmen und den Stand der Ursachen- und Wirkungsforschung festzustellen sowie mögliche nationale und internationale Vorsorge- und Gegenmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vorzuschlagen.“ Die Kommission, die 1988 mit ihrer Arbeit begann bestand aus neun Abgeordneten des Bundestages und neun externen Experten, wie z.B. Prof. Wilfried Bach, einer der bedeutendsten Wegbereiter der Theorie der Globalen Erwärmung, der niederländische Meteorologe und Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen, der Physiker und Philosoph Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich und der Klimaforscher Prof. Dr. Wolfgang Seiler, der Initiator des Bayerischen Klimaforschungsverbundes BayFORKLIM und geistige Vater der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus.

Im 3. Zwischenbericht, 11/8030 vom 24. 5. 90 wird ausgeführt: „Die Bestandsaufnahme zeigt eindringlich, wie stark die gesamte Erdatmosphäre und damit die Erde selbst durch den zusätzlichen Treibhauseffekt und den Ozonabbau in der Stratosphäre gefährdet sind. Aus der Bedrohlichkeit der Situation ergeben sich weitreichende Zielvorstellungen, um der erwarteten Entwicklung wirksam entgegensteuern zu können. Der Bericht macht deutlich, dass gewaltige Anstrengungen notwendig sind, um sachgerechte Strategien umzusetzen.“

Die von der Enquete-Kommission für die nationale Ebene entwickelte Zielvorgabe einer dreißigprozentigen Reduktion der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2005 erfordert weitreichende und schnelle Beschlüsse von Parlament und Exekutive.

Auf internationaler Ebene bedeuten die Vorschläge der Enquete-Kommission — Reduktion der Kohlendioxidemissionen um 20 bis 25 Prozent auf EG-Ebene und um 30 Prozent in allen wirtschaftsstarken Industrieländern sowie um 20 Prozent im Durchschnitt der Industrieländer jeweils bis zum Jahr 2005 — einschneidende Eingriffe in die nationalen und internationalen Energiepolitiken.“

Drucksache 12/8600 Der Schlussbericht vom 21. 10. 94 umfasst 748 Seiten Vorwort: „Setzen sich sowohl diese CO₂-Emissionen als auch die Emissionen der anderen klimarelevanten Spurengase ungebrochen fort, so wird im globalen Mittel die Temperatur bis zum Ende des

nächsten Jahrhunderts um $3 \pm 1,5$ °C steigen. **Dies wird in der internationalen Wissenschaft nicht mehr in Frage gestellt.** Ebenso sicher sind sich die Wissenschaftler darüber, dass eine Temperaturerhöhung Klimaveränderungen nach sich ziehen wird. Zu erwarten sind hierbei Änderungen der Niederschlagsverteilung, Verschiebung von Klima- und Vegetationszonen, Degradationserscheinungen von Böden und die Verschlechterung der Welternährung, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Auch wenn über Ausmaß, zeitlichen Ablauf und regionale Konsequenzen von Klimaveränderungen noch keine exakten Aussagen gemacht werden können, ist aus Gründen der Vorsorge und aus der Verantwortung, die wir nachfolgenden Generationen gegenüber haben, sofortiges politisches Handeln dringend erforderlich.“

„Es ist erfreulich, dass in der Bundesrepublik Deutschland die energiebedingten CO₂ Emissionen - vornehmlich durch die Minderungen in den neuen Bundesländern - von 1987 bis 1993 bereits um 15 % abgenommen haben. Damit kann das Ziel eine CO₂-Emissionsreduktion von 25 % bis zum Jahr 2005 erreicht werden.“

Zur Erreichung der Reduktionsziele, schlägt die Kommission eine Mischung aus Abgaben, Anreizen (Förderung u.a. der Kraft-Wärmekopplung) und sektorspezifische Maßnahmenbündel (Heizwärmebereich, Verkehr, Industrie, für erforderlich. Kommt irgendwie sehr bekannt vor.

Ein Ergebnis der Arbeit der Enquete Kommissionen war das 1991 in Kraft getretene Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz – kurz Stromeinspeisungsgesetz, das als weltweit erstes Ökostrom-Einspeisegesetz gilt und Vorläufer des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist.

Ganz vorne dabei: Freising. In Freising hat der Stadtrat am 7. Juli 1993 mit großer Mehrheit den Antrag von Sonnenkraft-Freising e. V. für die Einführung der sog. „kostendeckenden Vergütung“ für Strom aus Photovoltaikanlagen beschlossen. In der Folge konnten erstmalig in Deutschland die ersten Solarstromanlagen Dank des effizienten Fördermechanismus realisiert werden. Der Freisinger Beschluss war ein wesentlicher Baustein, der später zur bundesweiten Einführung des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) im Jahr 2000 geführt hat. Letztendlich wurde der erfolgreiche Ansatz der "kostendeckenden Vergütung" im EEG weltweit nachgeahmt. Die Freisinger "kostendeckende Vergütung" war somit ein wichtiger Zündfunke für den Siegeszug der Erneuerbaren Energien.

In den späten 1990er Jahren wurde dann als international geltende Grenze für einen gerade noch akzeptablen Klimawandel das Zwei-Grad-Ziel formuliert. Das Zwei-Grad-Ziel wurde von der Politik übernommen und in den Fokus der europäischen Klimaschutzpolitik gestellt. Es basiert auf der Annahme, dass bei Überschreiten einer globalen Erwärmung um zwei Grad Kippunkte erreicht würden, die unumkehrbare und in ihren Konsequenzen kaum einschätzbare negative Folgen nach sich zögen.

Beispiele möglicher Ereignisse abrupter Klimaänderungen sind:
Zusammenbruch der thermohalinen Zirkulation (**Abbruch des Golfstroms**) infolge Erwärmung oder Verdünnung des salzreichen Wassers im Nordatlantik,
Zerfall des West-Antarktischen Eisschildes und damit einhergehender Meeresspiegelanstieg um einige Meter,
beschleunigtes Abschmelzen des Grönländischen Eisschildes und damit Einleitung eines irreversiblen Abschmelzprozesses,
steigendes **Risiko des Auftauens von Permafrostböden** und damit Freisetzung großer Methan- und CO₂-Mengen durch zunehmende Erwärmung, oder

zusätzliche Freisetzung von Kohlendioxid und damit Verstärkung des Klimawandels durch **großflächiges Absterben des Regenwaldes** zum Beispiel im Amazonasgebiet.

Das am 16. Februar 2005 in Kraft getretene **Abkommen von Kyoto** legt erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern fest, welche die hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung sind

Die im Vergleich zu anderen Sektoren doppelt so schnell wachsenden CO₂Emissionen des internationalen Luftverkehrs und der internationalen Seeschifffahrt, die im Ländervergleich 2005 in Summe an siebter Stelle standen, noch vor Deutschland, unterliegen allerdings keinen Reduktionsverpflichtungen. Das Protokoll besagt lediglich, dass Bemühungen im Rahmen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation beziehungsweise der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation fortgesetzt werden sollen.

Das Kyoto-Protokoll gilt als Meilenstein in der internationalen Klimapolitik. Es wurde auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kyoto 1997 (COP 3) verabschiedet und enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Reduzierungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Protokoll wurde von 191 Staaten ratifiziert, darunter alle EU-Mitgliedstaaten sowie wichtige Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und Südafrika. Die USA haben das Kyoto-Protokoll bis heute nicht ratifiziert.

Das 2015 verabschiedete **Abkommen von Paris** nennt in Artikel 2 die drei wesentlichen Ziele:

- Die Staaten setzen sich das globale Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf "deutlich unter" zwei Grad Celsius zu begrenzen mit Anstrengungen für eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius.
- Die Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel soll gestärkt werden und wird neben der Minderung der Treibhausgasemissionen als gleichberechtigtes Ziel etabliert.
- Zudem sollen die Finanzmittelflüsse mit den Klimazielen in Einklang gebracht werden.

Deutschland hat kurz darauf in Anlehnung an das Pariser Abkommen und die EU-Klimaschutzziele seine Ziele im Klimaschutzplan 2050 festgelegt um seinen Beitrag zur Begrenzung des Temperaturanstiegs zu leisten. In diesem Plan beschreibt Deutschland seine Ziele bis zur treibhausneutralen Nation: Im Vergleich zum Jahr 1990 soll bis bis 2020 eine Treibhausgasreduktion um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 soll Deutschland dann weitgehend treibhausgasneutral sein.

Bayern hat übrigens in seinem Programm Klimaschutz 2050 - Grundsätze und Ziele ähnliche Vorgaben beschlossen: „In Anlehnung an das Europäische Minderungsziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren, strebt Bayern an, bis 2050 die Treibhausgasemissionen pro Kopf und Jahr auf weniger als zwei Tonnen zu senken. Mittelfristig bis 2020 wird am Ziel festgehalten, die energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr auf deutlich unter sechs Tonnen zu senken. Bis 2030 sollen die Treibhausgas-Emissionen auf unter fünf Tonnen sinken.“ Zurzeit liegen wir bei 6,1 Tonnen pro Kopf und Jahr. Zielerreichung also eher unwahrscheinlich.

Viele Zielvorgaben wurden in der Vergangenheit beschlossen, allerdings nur wenige wurden erfüllt. Wie sieht nun im Jahr 2018, dem Beginn der Fridays for future Bewegung, die Realität in Deutschland aus:

Das UBA veröffentlicht folgende Zahlen: Reduktion aller Treibhausgase von 1990 bis 2005 um 20,8 %. Danach verlangsamt sich die Reduktionsrate deutlich: Bis 2017 wird der Wert von insgesamt nur 27,7 % erreicht. Interessant ist hier übrigens der Blick auf die drei wichtigsten Treibhausgase: Bei CO₂ beträgt die Reduktion 24,2 %, bei CH₄ 53,3 % und bei N₂O 41,3 %.

In der Begründung zum jetzt im Bundestag eingereichten Klimaschutzgesetzes der Großen Koalition gibt die Bundesregierung unumwunden zu, dass die Zielerreichung verfehlt wird: „Es ist jedoch absehbar, dass Deutschland sein nationales Klimaschutzziel schon für 2020 deutlich verfehlen wird. In den Jahren bis 2020 wird Deutschland zudem für die Verfehlung unionsrechtlich verbindlicher Ziele in den Sektoren Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft Haushaltsmittel aufwenden müssen. Dies wird den Bundeshaushalt schon in dieser Legislaturperiode erheblich belasten.“ Wahrscheinlich werden wir wohl höchstens eine Reduktion der Treibhausgase von 32 Prozent gegenüber 1990 erreichen statt geplant 40 %.

Der weltweite CO₂ Ausstoß stieg von 1960 bis 2017 von knapp 10 Milliarden Tonnen auf über 36 Milliarden Tonnen. Die Ende der 50er Jahre von Keeling gemessene CO₂-Konzentration lag bei 315 ppm. Im Mai 2019 lagen wir bereits bei über 415 ppm, ein Anstieg von über 30 %. Bezogen auf das vorindustrielle Niveau von 280 ppm beträgt der Anstieg sogar über 48 %.

In Anbetracht dieser Zahl wundert es nicht, dass jetzt die Jugend aufbegehrt und in den letzten Monaten einen starken Druck aufgebaut hat. Fridays for Future hat hier in kurzer Zeit enormes bewegt. Nach der gestern veröffentlichte Shell-Jugendstudie 2019 haben 71 Prozent der Zwölf- bis 25-Jährigen Angst vor Umweltverschmutzung; 65 Prozent fürchten die Klimakrise. Die Politik beschäftigt sich deshalb erneut mit dem Thema Klimawandel, allerdings gibt es bereits jetzt heftige Kritik am vorgelegten Klimapaket der Bundesregierung und dem eingereichten Klimagesetz.

Die Fridays for Future-Bewegung fordert eine grundlegende Überarbeitung des im September vorgestellten Klimapakets. Die Entscheidungen seien eine "politische Bankrotterklärung". Der BUND z.B. bemängelt: „Ein CO₂-Preis muss jetzt wirken und darf nicht durch einen Emissionshandel auf Jahre verzögert werden. Es braucht deshalb bei Wärme und Verkehr ab 2020 einen CO₂-Preis von mindestens 50 Euro pro Tonne, der bis 2030 auf 180 Euro steigt.“ Geplant sind von der Bundesregierung 10 € pro Tonne ab 2021, was wohl kaum eine große Lenkungswirkung entfalten dürfte. Der Kohleausstieg bleibt bei 2038, klimaschädliche Subventionen wie die steuerliche Begünstigung von Diesel und Kerosin bleiben und auf ein Tempolimit auf Autobahnen wird erneut verzichtet. Im Klimaschutzgesetz soll nur die Minderungsquote von 55 % für das Jahr 2030 festgeschrieben werden. Für die Jahre danach werden keine Ziele ins Gesetz geschrieben.

Warum tun wir uns **so hart die Reduktionsziele zu erreichen**? Ein Blick auf den Verkehrssektor zeigt, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen. 1990 lag der Ausstoß an klimawirksamen Spurengasen aus dem Verkehr bei 164 Mio. t/a, 2018 betrug er immer noch 163 Mio. t/a. Der KFZ-Bestand entwickelte sich in diesem Zeitraum von 35 Mio. in 1990 darunter 30,7 Mio. PKW auf 57,3 Mio. (PKW 47,1 Mio.) in 2018. 2005 hatten 17, 2 % der PKW im Gesamtbestand eine Höchstgeschwindigkeit von über 200 km/h. 2018 waren es im Gesamtbestand bereits 30,4 % und bei den Neuzulassungen 2018 45,8 %.

Entsprechend gering waren die Erfolge bei der Reduktion des Kraftstoffverbrauchs: von 8,3 l/100 km im Jahr 2000 auf 7,4 l/100 km im Jahr 2017. Zwischen 2011 und 2017 blieb der Wert konstant bei 7,4 l/100 km.

Gemäß dem Entwurf für das Klimaschutzgesetz soll der Ausstoß im Verkehrsbereich bis 2020: 150 Mio. t/a und bis 2030 auf 95 Mio. t/a sinken. Eine Reduktion um nur 42 % und damit **deutlich weniger als die anvisierten 55 % für alle Sektoren.**

Im ersten Halbjahr 2019 wurden 1.849.000 Pkw neu zugelassen, darunter waren ganze 16.525 Plug-in-Hybride und 31.059 Elektro-Pkw. Der durchschnittliche CO₂-Ausstoß betrug in den ersten sechs Monaten 157,7 g/km. Ab 2020 gilt ein EU-Grenzwert von 95g CO₂/km als Flottendurchschnitt bei neu zugelassenen Pkw. In Anbetracht der Zulassungszahlen des ersten Halbjahres und der Modellpolitik der Konzerne darf bezweifelt werden, dass dieser Wert erreicht wird. Helmut Kohl hat einmal gesagt: "Entscheidend ist, was hinten rauskommt." Und in Punkto PKW ist dies nach wie vor viel zu viel. Wenn man die CO₂-Abgabe von 10 €/t auf den Liter Benzin umrechnet ergibt sich eine Verteuerung von 3 Cent/Liter. Die normalen täglichen Schwankungen an den Tankstellen betragen 8 – 10 Cent/Liter. Eine Verkehrswende ist damit nicht zu erreichen.

Im Luftverkehr, der in den vergangenen Jahren überproportional zum Anstieg des CO₂-Ausstoßes beigetragen hat, gibt es sechs verschiedene Subventionstatbestände. Aufsummiert allein in Deutschland ein zweistelliger Milliardenbetrag. Soweit ersichtlich sollen diese alle beibehalten werden. In Artikel 2 c des Pariser Abkommens wird gefordert, die Finanzmittelflüsse mit den Klimazielen in Einklang zu bringen. Die Streichung von ökologisch schädlichen Subventionen fällt unter diese Forderung.

Lassen Sie mich noch kurz auf das wichtige Thema Anpassung an den Klimawandel eingehen. In Artikel 2 b wird es neben der Minderung der Treibhausgasemissionen als gleichberechtigtes Ziel etabliert. Nachdem der Klimawandel wohl nicht mehr vollständig aufgehalten werden kann, brauchen wir verstärkt Anpassungsstrategien in allen Bereichen. Hochwasser, Stürme, Hitzeperioden und Dürren werden zunehmen. Dafür brauchen wir Konzepte. In einigen Bereichen, wie z.B. dem Hochwasserschutz gibt es sie zumindest teilweise. Die Umsetzung des ökologischen Hochwasserschutzes an der Isar im Landkreis Freising hat sogar zu einer klassischen Win-win Situation geführt. Die Erweiterung der Retentionsräume bringt eine Entlastung bei Hochwasser für die Unterlieger und hat zusätzlich zur Schaffung wertvoller Auen-Lebensräume geführt. Untersuchungen des BN FS haben gezeigt, wie sich dadurch die Artenvielfalt in den Auen erhöht hat.

Bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien ist auch der Wissenschaftsstandort Weihenstephan gefordert: HSWT, TU und die Landesanstalten verfügen über exzellentes Fachwissen in den Bereichen Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft und können dies in die Erarbeitung von Anpassungsstrategien einbringen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. In unserer Gesellschaft laufen zurzeit teilweise sehr emotionale und kontroverse Debatten zum Klimaschutz, wenn man z.B. die Leserbriefseiten der Zeitungen studiert. Viele sind geprägt von gegenseitigen Vorhaltungen: Du brauchst mir meinen SUV nicht vorwerfen solange Du noch Fleisch isst oder Du brauchst meinen Ferienflug nicht kritisieren solange Du stundenlang im Internet surfst etc. etc. Jede und Jeder weiß genau, wo andere anfangen sollten. Die **Haltung ME NOT** ist leider weit verbreitet. Selbstverständlich sind alle gefordert an ihrem ökologischen Fußabdruck zu arbeiten. Aber das reicht nicht mehr. Und wie die Diskussionen zeigen, sind viele auch nicht bereit den Weg

der Freiwilligkeit zu gehen. Für den renommierten Wissenschaftler Georg Feulner vom Potsdam-Institut für Klimaforschung ist es inzwischen zu spät, nur auf einen Bewusstseinswandel der Bevölkerung zu setzen.

Wir dürfen das Problem nicht mehr länger nur halbherzig angehen.

Wir dürfen die Probleme nicht auf den Einzelnen abschieben, der Staat muss endlich die notwendigen Leitplanken schaffen, durch wir in die Lage versetzt werden auch zukünftigen Generationen ein Leben in einem erträglichen Klima zu ermöglichen.